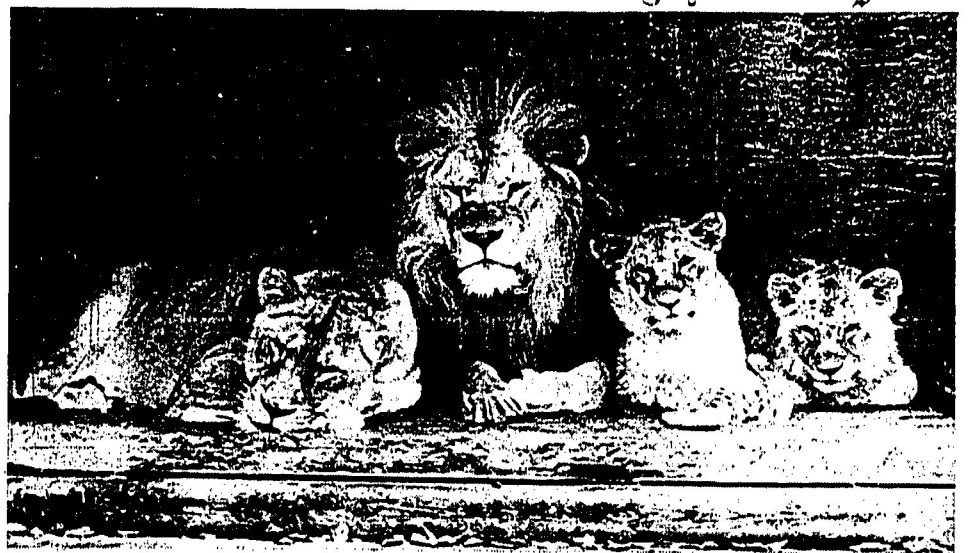


Luzerner Tagblatt

Uebersetzter EWG-Eintrittspreis statt Veto? 2
Kommen die Basler zusammen? 3
Umstrittener El-AI-Kronzeuge LM
Raubüberfall bei Darmstadt LM



Richtig langweilig dieser Winter!

Die Welt ist langweilig geworden für diese stattliche Löwenfamilie im Zoo. Kein Mensch kommt mehr vorbei, seit es geschneit hat, und dabei war es doch im Sommer und im warmen Herbst so amüsant, diese seltsame Rasse Mensch zu beobachten ...
 Photopress

Südtirol-«Paket» vor dem Parlament in Rom

Zustimmung in der Kammer
 Rom, 4. Dez. ag. (DPA) Die italienische Abgeordnetenkammer hat der Absicht der Regierung zur Verwirklichung des Südtirol-«Pakets» zugestimmt, das der deutschsprachigen Minderheit im Norden des Landes eine größere Autonomie einräumen soll. In der Abstimmung entschieden sich bei 88 Enthaltungen 269 Abgeordnete dafür und 26 dagegen.

In einem Schlusswort zur zweiseitigen Debatte über das Südtirol-Problem hatte Ministerpräsident Rumor den politischen Charakter der Abstimmung unterstrichen.

Der Abgeordnete der Südtiroler Volkspartei (SVP), Dr. Karl Mitterdorfer, hatte die Hoffnung ausgesprochen, daß die Phase des Mißtrauens in Südtirol nun dem Bemühen um gegenseitiges Verständnis weicht und ein neues Klima der Beziehungen zwischen dem italienischen Staat und der deutschsprachigen Minderheit entsteht.

Beobachter erwarten, daß der Senat, dem Südtirolabkommen ebenfalls seine Zustimmung erteilen wird.

Ehebruch und Gleichberechtigung der Geschlechter

(AFP) Ehebruch wird in Zukunft in Italien nicht mehr als Delikt geahndet werden. Der Verfassungsgerichtshof hat die Artikel 559 und 560 des Strafgesetzbuches, gestützt auf das Prinzip der Gleichberechtigung von Mann und Frau, aufgehoben, kraft dessen eine Frau, die eine außereheliche Beziehung unterhielt, bisher zu einer zweijährigen Gefängnisstrafe verurteilt werden konnte, wenn ihr Ehemann Klage einreichte. Der Ehemann dagegen konnte nur zu Gefängnisstrafe verurteilt werden, wenn seine Geliebte im ehelichen Haushalt wohnte! Damit ist nun die Gleichberechtigung der Geschlechter durch Aufhebung der beiden Artikel hergestellt worden.

Afrikaner klagen gegen Portugal

New York, 5. Dez. (UPI) Eine Sonderkommission des Sicherheitsrats wegen Aggressionen der portugiesischen Kolonialarmee hat der afrikanische Staat Guinea gefordert. Die Forderung fiel zeitlich zusammen mit einer Sitzung des Sicherheitsrats wegen senegalesischer Beschuldigungen, daß portugiesische Streitkräfte ein Dorf im Süden dieses Landes beschossen hatten.

Der senegalesische Botschafter Ibrahim Boye warf Portugal vor, von Portugiesisch-Guinea aus «bewaffnete Provokationen» gegen Senegal gerichtet zu haben. Demgegenüber erklärte der portugiesische Botschafter Bonifacio de Miranda, daß gegen die Präsenz seines Landes in Afrika arbeitende Organisationen von Senegal aus operierten.

Der Nachlaß

John F. Kennedys

(UPI) Das persönliche Vermögen des früheren amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy betrug bei seinem Tod vor sechs Jahren 1 890 646,45 Dollar. In dieser Summe sind die seinen Familienmitgliedern überlassenen Treuhandgelder nicht eingerechnet, die auf weitere Millionen Dollar geschätzt werden. Die Erbschaftsaufstellung ist in Boston vom Steuerprüfer des Bundesstaates Massachusetts der Öffentlichkeit bekanntgegeben worden. Sie war bereits am 19. Februar 1965 von Senator Edward Kennedy als Testamentvollstrecker der staatlichen Steuerbehörde mitgeteilt worden.

Entführte Israelis in Damaskus freigelassen

Übergabe an IKRK-Delegierten in Athen - Dafür wurden 13 Syrer im Austausch auf freien Fuß gesetzt

Genf, 5. Dez. (UPI) Die syrische Regierung hat am Freitag zwei israelische Staatsbürger freigelassen, die seit der Entführung eines amerikanischen Passagierflugzeugs am 28. August in Damaskus festgehalten worden waren. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz in Genf teilte mit, die beiden Israelis, der Jerusalemer Arzt Schlomo Samuëloff und der Reisebüroangestellte Salah Moualem, seien auf dem Luftweg in Athen eingetroffen und von einem Delegierten des Roten Kreuzes in Empfang genommen worden.

Die Freigelassenen waren Insassen eines Düsenverkehrsflugzeugs vom Typ Boeing 707 der Gesellschaft Trans World Airlines (TWA), das auf dem Flug von Rom nach Athen von zwei arabischen Guerillas - darunter eine Frau - mit Waffengewalt zur Landung in Damaskus gezwungen worden war. Alle übrigen Passagiere, darunter auch vier israelische Frauen, waren binnen zwei Tagen entlassen worden. Bemühungen des israelischen Außenministeriums um die Freilassung der beiden Israelis waren monatelang erfolglos gewesen.

Tel Aviv, 5. Dez. ag. (AFP) Wie in Tel Aviv offiziell mitgeteilt wurde, sind 13 Syrer im Austausch gegen die beiden von Syrien freigelassenen israelischen TWA-Passagiere auf freien Fuß gesetzt worden. Unter ihnen befinden sich

die beiden Piloten, die irrtümlich in Israel gelandet waren.

Sicherheitsrat soll über Palästinaflüchtlinge beraten

New York, 4. Dez. (UPI) Zur Erörterung des Problems der Palästinaflüchtlinge und der gesamten Nahost-Frage hat die Gruppe der afrikanisch-asiatischen Staaten den Sicherheitsrat aufgefordert. In der im politischen Sonderausschuß der Generalversammlung eingebrachten Resolution heißt es, man wolle die Aufmerksamkeit des Sicherheitsrates auf die ernste Situation lenken, die aus der israelischen Politik und Praxis in den besetzten Gebieten und Israels Weigerung entspringt, Uno-Resolutionen über die Repatriierung der im Juni 1967 vertriebenen Araber zu befolgen. - Die Resolution wurde eingebracht von Afghanistan, Indonesien, Malaysia, Pakistan und Senegal. Auch Somalia, Mali und Burundi unterstützten den Antrag.

Dollarspende

Genf, 5. Dez. ag. (AFP) Der Oekumenische Rat der Kirchen in Genf hat bekanntgegeben, daß er eine Million Dollar für die Unterstützung der palästina-sinischen Flüchtlinge und anderer Personen, die ihre Wohnstätte wegen des Sechstagekrieges verlassen mußten, bereitstellen will.

Nato für Ost-West-Entspannung

Brüssel, 5. Dez. ag. (DPA) Die Nato-Partner sind entschlossen, die Entspannungspolitik gegenüber dem Osten fortzusetzen und auf beidseitigen Truppenabbau in Europa zu drängen. Diesen Vorschlag halten sie aufrecht, obwohl die Sowjetregierung Gespräche darüber zumindest in nächster Zeit nicht führen will.

Nach zweiseitigen Beratungen entschlossen sich die Außenminister der Nato-Länder in Brüssel, dieses Angebot in einer besonderen Erklärung zusammen mit dem Abschlußkommuniqué der Nato-Konferenz zu veröffentlichen.

Widerstände des französischen Außenministers Schumann gegen den Vorschlag über einen Truppenabbau führten zu einem «Seilziehen» der Delegationen um die endgültige Formulierung der Texte. Frankreich hält dieses Angebot für wenig sinnvoll, da die Sowjetunion bereits negativ darauf reagiert hat.

Skepsis gegenüber dieser Initiative gab es auch bei einigen anderen Delegationen. Die meisten Nato-Delegationen, vor allem der amerikanischen

Außenminister William Rogers, wollten sich von negativem Echo aus Moskau jedoch nicht entmutigen lassen und plädierten für ein konkretes Verhandlungsangebot an Moskau.

In der Entspannungspolitik wollen die Nato-Partner nichts überstürzen. So lehnten sie es ab, sich auf einen Termin für eine Europäische Sicherheitskonferenz einzulassen. Dagegen wollen sie eine Phase bilateraler Entspannungsgespräche einleiten, um die Ernsthaftigkeit der sowjetischen Haltung zu prüfen.

Einen gewissen Einfluß auf die Beratungen im Atlantikrat hatte die Schlussklärung der Moskauer Gipfelkonferenz. Beachtung fanden in Brüssel die Moskauer Äußerungen zur Ostpolitik Bonns, zu der Forderung auf völkerrechtliche Anerkennung der DDR und zum Abrüstungsproblem.

Die amerikanische Regierung hatte in Brüssel versichert, daß sie ihre militärischen Verpflichtungen in Europa weiterhin einhalten werde.

Die nächste Atlantische Konferenz soll am 26./27. Mai in Rom stattfinden.

Anklagen gegen Johnsons Schwiegersohn

In Massaker gegen Zivilisten in Südvietnam verwickelt?

Washington, 5. Dez. (UPI) Der Schwiegersohn des ehemaligen amerikanischen Präsidenten Lyndon Johnson ist von einem Kriegsgericht beschuldigt worden, die unter seinem Befehl in Vietnam sühnende Einheit habe Zivilisten ermordet. Die Anschuldigungen gegen den Major des US-Marineinfanteriekorps, Charles Robb, wurden vom Kriegskor-

respondenten Anthony Martin-Trigona in einem Brief vorgebracht, der von einem amerikanischen Senator sofort dem Verteidigungsministerium in Washington zugeleitet wurde. Robb, der vor zwei Jahren die Präsidententochter Lynda Bird geheiratet hatte, wies die Beschuldigungen am Donnerstag (Ortszeit) in Las Vegas (US-Bundesstaat Ne-

Haltlose syrische Beschuldigungen

Scharfe Zurückweisung durch die USA

New York, 4. Dez. (UPI) Ein Sprecher der amerikanischen Uno-Delegation hat syrische Beschuldigungen wegen einer zweiseitigen Besetzung des syrischen Uno-

Am Montag, 8. Dezember, erscheinen in der Zentralschweiz wegen des Feiertages Mariä Empfängnis keine Tageszeitungen. Die nächste Ausgabe des «Tagblattes» wird unsere Leser am Dienstag zur gewohnten Zeit erreichen.

Bliros durch 40 jugendliche Demonstranten als «völlig unwahr» zurückgewiesen. Syrien hatte gefordert, den Uno-Sitz in ein neutrales Land zu verlegen. New York sei «das Zentrum des Weltzionsismus», die amerikanischen Behörden «arbeiten entweder mit den Angreifern zusammen oder sind nicht in der Lage, die Uno-Delegation zu schützen», hieß es in der syrischen Erklärung. Der syrische Botschafter George Tomeh hatte sich bei U Thant wegen des Zwischenfalls beschwert.

Der amerikanische Delegationssprecher erklärte dagegen, nach Angaben der New Yorker Polizei hätten vier oder fünf jugendliche Tomeh in seinem Büro zu sprechen gewünscht. Auf die Auskunft, er sei nicht anwesend, hätten sie im Korridor zusammen mit anderen Jugendlichen gewartet und dabei israelische Lieder angestimmt. Polizisten hätten sie zum Gehen aufgefordert. Dieser Aufforderung seien sie nachgekommen. Der Zugang zu dem syrischen Büro sei nicht behindert gewesen, auch sei nicht versucht worden, es zu besetzen. «Die USA haben den Generalsekretär der Uno davon informiert, daß wir uns unserer Verpflichtungen als Gastgeberland voll bewusst sind und alle notwendigen Maßnahmen getroffen worden sind, einen gewünschten Schutz zu gewährleisten», erklärte der Sprecher der US-Delegation.

vada) energisch zurück. In Majorsuniform des Elitekorps mit sechs Ordensreihen, erklärte Robb, das Gegenteil der Behauptungen Martin-Trigonas sei richtig.

Eine Gruppe Newyorker Juristen, unter ihnen der ehemalige US-Botschafter bei der Uno, Arthur Goldberg, hat von Präsident Nixon die Einsetzung einer nationalen Untersuchungskommission gefordert, die das Verhalten der amerikanischen Streitkräfte in Vietnam prüfen soll. In Detroit verabschiedete der Nationalrat amerikanischer Kirchen am Donnerstag zum Abschluß einer fünf-tägigen Konferenz über den amerikanischen Kriegseinsatz in Vietnam eine Resolution, in der die Einsetzung einer internationalen Kommission zur Untersuchung von Kriegsverbrechen amerikanischer Soldaten verlangt wurde.

Ehrenamt für Armstrong

(DPA) Präsident Nixon hat den «Apollo-11»-Kapitän Neil Armstrong zum Chef des nationalen Beratergremiums für das Friedenskorps ernannt. Letzte Woche hatte bereits Michael Collins einen Posten als Informations-Staatssekretär im Außenministerium erhalten. Der erste Mann auf dem Mond wird jedoch im Gegensatz zum aus-geschiedenen Collins der Raumfahrerbörde Nasa freu bleiben. Sein neuer Posten beim Friedenskorps nimmt ihn nur zeitweilig in Anspruch.



Weltausstellung Tokio wirft ihre Schatten voraus

76 Länder werden an der Expo 70 teilnehmen, der größten Ausstellung, die es je gab. Zugleich ist es die erste Weltausstellung in Asien. Auf dem dafür bestimmten Gelände, zwischen der Handelsstadt Osaka und der Stadt Kyoto, wucherte noch vor zwei Jahren ein Gewirr von Bambushainen und Reisfeldern, das sich inzwischen in einen Wald von Stahlmasten und Betonklötzen verwandelt. - Einer der interessantesten Anziehungspunkte der Expo 70 wird der Ricol-Pavillon, einer der 28 japanischen Industriepavillons sein. In drei Teilen symbolisiert er die «Augen der Menschheit», die eine bessere Welt sehen. Einer dieser drei Teile, ein riesiger Ballon, der das «Auge des Himmels» darstellt, schwebt in 40 Meter Höhe über dem zylinderförmigen Bau. Das «Himmelsauge» ist auf die Ballonhülle eingerechnet, die auf weitere Millionen Dollar geschätzt werden. Die Erbschaftsaufstellung ist in Boston vom Steuerprüfer des Bundesstaates Massachusetts der Öffentlichkeit bekanntgegeben worden. Sie war bereits am 19. Februar 1965 von Senator Edward Kennedy als Testamentvollstrecker der staatlichen Steuerbehörde mitgeteilt worden.